

Antrag

der Fraktion der CDU

Unzulässige Eingriffe in Privatsphäre sofort stoppen! Grundrechte von Berlins Lehrkräfte schützen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Abfrage bei Lehrerinnen und Lehrern zu ihrer sexuellen Orientierung (und der ihrer Kollegen) zu unterlassen. Die Umfrage „Wie viel Vielfalt verträgt Schule?“ ist sofort zu stoppen und zurückzuziehen. Sämtliche aus dieser Studie erhobenen Daten sind nachweislich zu löschen.

Der Senat hat dafür Sorge zu tragen, dass in seinem Verantwortungsbereich Datenerhebungen unterbleiben, bei denen

- Persönlichkeitsrechte verletzt werden;
- die Möglichkeit einer Identifizierung nicht ausgeschlossen werden kann;
- Inhalt und Erkenntnisziel nicht hinreichend bekannt sind.

Begründung:

Die Würde und Privatsphäre eines jeden Menschen ist zu achten und zu schützen. Dieses Recht gilt auch für die Lehrerinnen und Lehrer, die an den Berliner Schulen unterrichten. Mit der aktuell an Berliner Schulen durchgeföhrten Umfrage werden diese beiden grundrechtlich verbrieften Garantien empfindlich verletzt. Berliner Lehrerinnen und Lehrer müssen die Sicherheit haben, ausschließlich aufgrund ihrer Leistung und nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder anderer privater Sachverhalte beurteilt zu werden. Im Übrigen ist eine

Befragung, die den Eindruck erweckt, heterosexuelle Lehrer unter den Generalverdacht zu stellen sexuelle Minderheiten zu diskriminieren, vollkommen indiskutabel.

Es ist außerdem Amtsmissbrauch, wenn abhängig Beschäftigte von ihrer Dienstherrin ausdrücklich zur Teilnahme an einer Umfrage aufgefordert werden, bei der sie ihre sexuelle Orientierung – und die ihrer Kolleginnen und Kollegen – preisgeben sollen sowie Daten, die Rückschlüsse auf ihre Person zulassen. Unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit und der Ideologie mischt sich die Senatsverwaltung für Bildung in die privatesten Angelegenheiten ihrer Mitarbeiter ein und lässt Unterstellungen zu: Gesinnung vor Qualifikation, eine die Menschenwürde massiv verletzende Schnüffelei, die tief in die Privatsphäre eindringt, bis hin zu den intimsten Angelegenheiten eines Menschen – das alles haben wir in Deutschland schon zweimal erlebt, und das wollen wir nie wieder sehen, auch nicht im Ansatz.

Berlin, 20. September 2017

Graf Bentle Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU